

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **37 (1947)**

Heft 26

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE RUNDSCHAU

Genossenschaften . . .

—an— An der *Delegiertenversammlung des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine* sprach Bundesrat v. Steiger als Gast und setzte sich für die beiden am 6. Juli zur Abstimmung gelangenden Vorlagen ein, für die Wirtschaftsartikel und die AHV. Wie demokratisch es bei uns zugeht, lässt sich daraus erkennen, dass die Delegierten *«mit überwältigendem Mehr» die Ja-Parole für die Altersversicherung empfahlen, für die Wirtschaftsartikel jedoch «Stimmfreigabe» beschlossen.* Und das, obgleich ein hoher Bundesrat anwesend war und für die Artikel geworben. Wir sind ja im Bilde und wissen, warum die Konsumvereine der einen Vorlage nicht hold sind. Es wurden ihnen Schranken auferlegt in der Eröffnung neuer Filialen. Sie fühlen sich in der «freien Konkurrenz der Wirtschaftsreformen» benachteiligt. Sie werfen dem Gesetzgeber vor, dass er sich gewissen Kreisen zu entgegenkommend gezeigt, dass er «im Interesse des freierwerbenden Mittelstandes» die Krämer gegenüber den um sich greifenden Konsumläden in seine Obhut nehmen wollte. Und so kam es denn eben dazu, dass die «Stimmfreigabe» beschlossen wurde. Praktisch bedeutet dies, dass eine ganze Heerschar von Stimmbürgern Nein sagen wird. Im Namen der Genossenschaftsidee, die sich ungehemmt entfalten müsse. Zu den Gewerbetreibenden, welche ebenfalls Nein stimmen wollen — es ist nur eine Minderheit — kommen also nun auch Kreise, die traditionell als «Totengräber des Kleinhandels» und der «Krämer» gelten. Ein Anzeichen mehr dafür, dass die *Anhänger der Vorlage, die Bauernschaft vor allem, sich noch intensiver für ein vielstimmiges Ja verwenden müssen, soll es nicht eine Schlappe geben.*

Herr v. Steiger sagte, die heulige Schweiz sei ohne das Genossenschaftswesen nicht denkbar. Es sei der Träger des Solidaritätsgedankens im Dienste des Wohlstandes, des Glückes und der Ehre unseres Landes. Auch nach der Annahme der beiden Vorlagen hätten wir noch grosse sozialpolitische Aufgaben zu lösen, und zwar unter Mithilfe der Genossenschaften, die eine der zuverlässigsten Stützen unserer Volkswirtschaft bleiben müssen. Der Stimmfreigabe-Beschluss der VSK-Delegierten tönt geradezu wie eine Antwort darauf: Stellt die Freiheit der genossenschaftlichen Entwicklung her, sonst machen wir nicht mit.

Nun, die Entwicklung steht ohnehin nicht still, und das Genossenschaftswesen nimmt auch andere Formen an, als nur gerade die bei der Konkurrenz unbeliebte des Konsumvereins. Man denke an die vielen «Einzelzweckgenossenschaften», von den landwirtschaftlichen bis zu jenen der Spezierer. Die «Usego» erwuchs aus derselben Selbsthilfe-Idee, wie die zahllosen Vereinigungen der Konsumenten, welche einen Teil der Klein- und Grosshandelsgewinne für das eigene Wohl abzupfen versuchten und damit mannigfache Reformen in der Preispolitik der Krämer erzwangen. Man denke nur an die Rabatt-Sparvereine. «Alles fliesst» . . . die Wirtschaftsreformen gehen ineinander über. Die Konkurrenz bleibt heilsam und wird zuletzt erwarren, welche Form die beste sei. Vielleicht lernt auch der VSK diese und jene Vorzüge

des «privaten Krämertums» schätzen und in seinen Läden einführen, wer weiss!

Eine entscheidende Woche

Am vergangenen Montag ist die *Antwort Moskaus auf die Einladung der Engländer und Franzosen, unverzüglich eine Konferenz der drei europäischen Grossmächte-Aussenminister Bavin, Bidault und Molotow anzusetzen*, damit so rasch als möglich ein Plan für die von Amerika zu verlangende Hilfe ausgearbeitet werden könne, eingegangen. Allerorten wartete man mit grösster Spannung auf die Stimme des Kremls. Die Spannung wurde um so grösser, weil die ersten, gewissermassen nur halb-offiziellen Aeusserungen der Russen so unfreundlich wie immer geklungen hatten. «Dollar-Diplomatie», «neue Variante der Truman-Politik», «Versuch, das amerikanische Volk auf neue Weise für den Imperialismus Washingtons zu gewinnen», so ungefähr hatten «Prawda» und Moskauer Radio georakelt. Doch schöpfte man Hoffnung. Es verstand sich ja von selbst, dass in den Büros der russischen Zeitungen und in den Abteilungen der Propagandazentrale zunächst die alten Platten aufgesetzt, das mechanisch befolgte Schema angewandt wurde. Dass man nicht begriffen hatte, welcher neue Ton in Amerika angeschlagen worden. Es war also leicht denkbar, dass sich *Molotow und Stalin* nach einigem Besinnen umstellen und verstehen würden, in welcher Weise sich die Gesamtsituation geändert habe. Denn das musste ein Blinder sehen: Sie hatte sich verändert.

Molotow hat nun diplomatisch zugesagt, sogar ein Datum vorgeschlagen: *Paris, 27. Juni.* In Rechnung gestellt bleibt *das fortdauernde, vielleicht sogar verschärfte russische Misstrauen.* Wenn einer unbedingt glaubt, dass ein anderer darauf ausgeht, mit jedem nur möglichen Mittel die Welt hereinzulegen, sich alle Völker des Erdenrundes dienstbar zu machen, Russland einzukreisen, seine Freunde abspenstig zu machen, dann muss er auch in der freundlichsten Geste des Bergwöhnten Verrat wittern. Im Kreml glaubt man an nichts anderes als an die Machtgelüste des amerikanischen Kapitalismus, als dessen Beauftragte Truman und Staatssekretär Marshall betrachtet und behandelt werden. Was die beiden also auch vorkehren und vorschlagen: Immer wird es so ausgelegt werden, *wie es diesem dogmatisch verhärteten Misstrauen entspricht: Als verschleiertes Machtstreben.*

In bezug auf den Marshall-Plan muss also die russische Auffassung lauten: Truman wird den Kongress nicht dazu überreden können, in unbegrenzter Höhe Kredite zu gewähren, um die «fascistischen Regierungen» Europas zu unterstützen. Die siegreichen Republikaner sind «bürgerliche Knoten», die auf ihren privaten Profit bedacht sind und darum die eigene Klasse von den gegenwärtigen hohen Steuern befreien wollen. Zwar lassen sie sich ins Bockshorn jagen, wenn wieder die russische Gefahr an die Wand gemalt und Geld für die Bewaffnung der Türken, Griechen, reaktionären Chinesen und morgen vielleicht der Deutschen verlangt wird. Doch sind die Herren inkonsequent und wollen ihr Sparprogramm dennoch durchdrücken. Das amerikanische



Nachdem kürzlich der ehemalige Ministerpräsident Ferenc Nagy mit Familie von Genf aus den Flug nach den Vereinigten Staaten angetreten hat, verliess am Samstagmorgen der Chef der Kabinettskanzlei des ungarischen Staatspräsidenten Tildy, Minister Ladislaus Jekelyi, mit Gattin und Tochter, Genf am Bord des TWA-Kursflugzeuges, um sich ebenfalls nach Washington zu begeben. Jekelyi, ein enger Freund Tildys und Kronzeuge der jüngsten Vorkommnisse in Budapest, hätte in Holland und Belgien den Posten eines ungarischen Gesandten antreten sollen. Er benützte jetzt die erste Möglichkeit einer Ausreise aus Ungarn, um sich Nagy anzuschliessen (Photopress)

Volk glaubt übrigens nicht an die «bolschewistische Gefahr» und folgt den Rattenfängern Truman und Marshall nur sehr uneinheitlich, begrüsst also die Sparpolitik der Republikaner. Der Präsident und die hinter ihm stehenden Finanzkreise wissen das und haben erkannt, dass es nach dem bisherigen Rezept nicht geht. Folglich muss ein neues erdacht werden. Und schon ist Herr Marshall da und präsentiert dieses erwünschte Rezept. Es lautet: Die Europäer sollen von den USA eine umfassende finanzielle und wirtschaftliche Hilfe erbitten. Und siehe, der «dollarhörige» britische Aussenminister läuft, und es läuft sein französischer Kollege Bidault. Mit allen Listen versuchen sie, auch die *Donau- und Balkanstaaten heranzuziehen*, sie mit amerikanischen Waren und Geldern von ihrem russischen Freunde abzuziehen, damit die «Volksdemokratie» zu untergraben, die Gewinne Moskaus aus dem Weltkrieg zu annullieren. Die besondere Arglist der Amerikaner aber besteht darin, dass die *den Russen eine Falle stellen* und hoffen, sie darin zu fangen. Diese Falle gilt es zu umgehen, das heisst, es gilt zu erkennen, dass Marshall hofft, Moskau werde sich an dieser «Europäerkonferenz» nicht beteiligen. Polen, Ungarn, Rumänien, die Tschechei, aber auch Jugoslawien, Albanien und Bulgarien, vermutlich auch Finnland, müssten dabei sein, nicht aber Russland. Besser als Molotows Ja sagte uns der vorausgegangene

polnische Bescheid,

was der Osten befürchtet. Es ist eine Antwort, die aus dem Geiste der Ueberlegung heraus entstand, wie man sie «östlich des eisernen Vorhanges» allenthalben anstellt. Aus Ueberlegungen also, die aus dem *steinernen Fatalismus, aus dem Dogma der geschworenen Russlandfeindschaft der USA*, hervorgehen. Polen

gibt in einer halboffiziellen Erklärung bekannt, dass es einem «europäischen Notplan» zustimme, dass aber *folgende Bedingungen* erfüllt werden müssten: *Erstens müsste die in Genf tagende «europäische Wirtschaftskommission der UNO» in die Diskussionen eingeschaltet werden.* Aus dieser Bedingung spricht die gleich nach Bekanntwerden des Marshallplanes von Moskau her verbreitete kommunistische Beschuldigung Amerikas, die UNO umgehen zu wollen. *Zweitens müsste jedes hilfsbedürftige Land selbst einen Plan ausarbeiten.* Dazu ist zu sagen, dass gewisse Länder, wie England, die Schweiz, Schweden, dann auch die am meisten erhaltenen kleinen Alliierten des Westens, nicht nur «Bedarfsstatistiken», sondern auch Angebote für die von ihnen zu erwartende Hilfe liefern sollen. *Drittens dürfe, so sagen die Polen, ein amerikanisches Hilfsversprechen nicht an politische Klauseln gebunden sein und nicht zur Ausübung eines politischen Druckes benutzt werden.* Marshall hat aber in seiner berühmten Radiorede deutlich genug die politischen Klauseln bekanntgegeben, auf die Polen nun anspielt: Keine Regierung, die intrigiere und den Aufbau hintertreibe, ebenso keine Partei, die ähnlich destruktive Ziele verfolge und aus dem weiterdauernden Elend Kapital zu schlagen versuche, könne auf die Hilfe der USA zählen. Polen verlangt schliesslich, dass die von der deutschen Invasion am meisten verheerten Länder den Vorrang in der Hilfeleistung Amerikas haben sollen. Mit andern Worten: *Polen verlangt für sich, für das westliche Russland, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien gleich von Anbeginn der mutmasslichen Verhandlungen die kräftigste Hilfe.*

Der Spaltpilz sitzt also schon in den einzelnen Fraktionen der Verhandlungspartner, die sich am grünen Tische über einen umfassenden Europaplan einigen sollen. Man kann sich fragen, *wer diesen Spaltpilz ausgesät*

habe. Marshall, als er die entscheidenden politischen Klauseln bekanntgab? Russland und Polen, welche sich strikte gegen diese Klauseln verwahren?

In London und Paris ist man offenbar der Ansicht, dass den Russen ihre bisherige Politik in den besetzten Gebieten nicht angerechnet werden solle, sofern sie sich als ehrlicher Teilnehmer an einer «amerikanerfreien Konferenz» konstruktiv beteiligen und nachweisen, dass sie in der Tat ihr Teil beisteuern wollen, um dem Chaos zu Leibe zu gehen. Marshalls Klauseln werden so ausgelegt, wie man sie zu Moskaus Gunsten am liberalsten auslegen kann. Falls von keiner Seite, jetzt oder nachträglich, Bedingungen gestellt werden, die Moskau verpflichten, seine Politik in Ost-Elbien und Oesterreich grundsätzlich zu ändern, wird dem Krenl die Chance gegeben, sich im europäischen Spiel einzuschalten. London und Paris wissen genau, dass sie mit russischen Absichten rechnen müssen, den Gang der Entwicklung in Gesamteuropa in ihrem Sinne zu beeinflussen, vor allem auch damit, dass sie die neue Konferenz als ideales Forum für ihre Propaganda betrachten werden. Trotzdem haben Bevin und Bidault den grossen Schritt gewagt.

Die Bedürfnisse der Weststaaten, um deretwillen Amerika in erster Linie seine neue Aktion startet, hängen aufs engste mit dem deutschen Problem zusammen. Es sind ja die Berichte der angelsächsischen Besatzungsbehörden, welche Marshall hauptsächlich zu seinem Vorgehen bestimmten. *Die mangethaft arbeitende deutsche Industrie, welche den eigenen Bauern die Produkte nicht liefern kann, die sie benötigen, ist die Quelle des deutschen Hungers.* Der deutsche Hunger wiederum schwächt die Arbeitsleistungen in der Industrie, fördert den Schwarzhandel, bereitet das politische Chaos vor. Kann aber diese

havarierte Industrie nicht einmal das eigene Land beliefern, wird sie auch nicht instande sein, zu exportieren und die Devisen für den Import von Lebensmitteln nach dem Reiche zu beschaffen. Ein devisenarmes Deutschland ist kein Abnehmer der britischen, französischen und jeder andern ausländischen Industrie. Somit leiden alle unter der fortdauernden deutschen Misere. *Der Marshallplan hat in allererster Linie die Herstellung normaler Produktions- und Handelsbeziehungen im westlichen Deutschland im Auge.*

Frankreich hat sein Preisabbau-Projekt unter dem Druck der Lohnforderungen vieler Gewerkschaften halb und halb aufgegeben. Mithin kann unter dem Antrieb einer neuen Preishausse ein neuer Schwung in die Produktion kommen, vielleicht auf Kosten des Francs. Gewisse Theoretiker sind der Ansicht, ein solcher Schwung vermöge eines Tages die Bedürfnisse zu erreichen und zu überflügeln, so dass auch der französische Export nach dem hungrigen Reich grösseren Umfang annehmen könnte. Voraussetzung dieses «rapiden Schwunges» aber wären vermehrte Ruhrkohlen-Lieferungen, die wiederum von der Willigkeit der deutschen Arbeiter in den Gruben — und ihrer physischen Fähigkeit — abhängen. Bis es aber so weit ist, braucht Frankreich weitere Dollars. Marshall verlangt zu wissen, wie man sich in Paris zu einer Aktivierung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen mit amerikanischer Hilfe stelle. Damit ist gesagt, dass der «konstruktive Plan», den Europa liefern soll, sich in solche Einzelpläne auflöst.

Im Falle Italiens liegen die Dinge ähnlich. Das rohstoffarme Land braucht einen intensiven Austausch gerade mit dem kohlenreichsten europäischen Gebiete, mit Deutschland. Dollars müssen diesen Austausch aktivieren. Die Kommunisten, die nach Marshall «intrigierende Partei», sind bekanntlich auch in Italien, wie in Frankreich, ausgeschaltet worden. Das «Kabinett De Gasperi Nr. 4» hat sich soeben mit Hilfe der Qualunquisten, Liberalen und Monarchisten eine schwache Regierungsmehrheit gesichert und hofft, gleich wie Frankreich, berücksichtigt und in die Beratungen einbezogen zu werden.

Im Falle Oesterreich haben die USA gerade in den letzten Tagen demonstrativ gezeigt, welche Wege sie als die opportunisten betrachten, um die Misere zu überbrücken. Sie haben auf jede Zahlungspflicht des österreichischen Staates für amerikanische Armeebedürfnisse verzichtet. Die Soldaten Uncle Sams sollen künftig im amerikanischen Sektor, also in Salzburg und Oberösterreich südlich der Donau, «zahlende Gäste» sein. Und zwar werden sie mit Dollars bezahlen und damit die Devisenkasse des ausgepowerten Staates füllen helfen. Sollte das Beispiel demnächst in der amerikanischen Zone des Reiches wiederholt werden, hätten wir den ersten wichtigen Beitrag zu einer neuen Wirtschaftspolitik der Sieger den Besiegten gegenüber.

Unendlich viel wird von der Einstellung Moskaus — es würde eine grundsätzliche Umstellung notwendig sein, abhängen. Es ist wohl möglich, dass der Marshall-Plan, wäre er schon vor zwei Jahren aufgestellt worden, in Moskau Wunder gewirkt hätte. Er kommt reichlich spät, das ist wahr. Doch dass Amerika nicht nur nehmen, sondern auch sehr viel geben will, diese Grundtatsache müsste den Krenl seinem eigenen Misstrauen gegenüber misstrauisch machen! Auch jetzt, nach zwei Jahren andauernden Auseinandermarschierens!



Die ungarische Freiheitspartei, die nach der Regierungsumbildung in offene Opposition zum Regime getreten war, veranstaltete in Szeged eine grosse Versammlung, wie weit es mit der Redefreiheit in Ungarn noch her sei. Das Resultat, das dazu angetan ist, viele Illusionen über die gegenwärtige Demokratie in Ungarn zu zerstören, ist auf unserm Bilde deutlich ersichtlich: während der Versammlung drangen 150 bewaffnete Kommunisten in den Saal ein. Die Folge war eine wüste Schlägerei. Das Vorgehen der «demokratischen Kräfte Ungarns» erinnert allzu deutlich an gewisse Vorkommnisse anlässlich der nationalsozialistischen Machtergreifung... (ATP)